

**Positionspapier des Vorstands des
Gesundheitsbeirats der Landeshauptstadt
München „Die Corona-Pandemie und ihre
Auswirkungen auf die Münchner*innen“**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07829

1 Anlage

**Bekanntgabe in der Sitzung des Gesundheitsausschusses
vom 17.11.2022**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Der Gesundheitsbeirat ist ein Gremium, das sich die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Münchner Bevölkerung, insbesondere durch Gesundheitsförderung und Prävention, zum Ziel gesetzt hat. Er vernetzt den Stadtrat und wesentliche Akteure des Münchner Gesundheitswesens und ermöglicht so eine gegenseitige Beratung von über 100 Münchner Organisationen in medizinischen Fragen und Problemstellungen.

Der Gesundheitsbeirat setzt jährlich einen inhaltlichen Schwerpunkt, der für die Beratungen und Diskussionen in den Gremien und Veranstaltungen in den Fokus gerückt werden soll. Im Jahr 2021 hatte sich der Gesundheitsbeirat vorrangig mit dem Thema „Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkung auf die Münchner*innen“ beschäftigt. Die Ergebnisse wurden in Abstimmung mit den Mitgliedern des Vorstandes des Gesundheitsbeirats in ein Positionspapier gefasst, das dem Stadtrat in der Anlage bekannt gegeben wird.

1. Hintergrund des Positionspapiers

Das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2, das die Infektionskrankheit COVID-19 auslösen kann, stellte das Münchner Gesundheitswesen mangels praktischer Vorerfahrungen durch frühere, vergleichbare Situationen vor eine nie dagewesene Herausforderung. Die Hauptaufgabe der Gesundheitsämter während der Pandemie bestand von Anfang an v.a. darin, Infektionsketten zu durchbrechen. Gleichzeitig mussten und müssen Informationen

zum Infektionsgeschehen schnell und effizient gebündelt und sowohl Entscheidungsträger*innen als auch der Öffentlichkeit tagesaktuell zur Verfügung gestellt werden. Für den medizinischen Bereich gilt es vor allem, die ambulante und stationäre Versorgung für COVID-19- und Nicht-COVID-19-Patient*innen sicherzustellen.

Dies stellt für die Landeshauptstadt München als drittgrößte Stadt Deutschlands eine Herausforderung dar, bei deren Bewältigung sich auch in anderen Orten auftretende Probleme oftmals in besonders verdichtetem Maße zeigten.

Die Erkenntnisse im Umgang mit den pandemiebedingten Herausforderungen werden in diesem Positionspapier dargestellt und Handlungsempfehlungen benannt, die für ähnliche, zukünftige Situationen von Nutzen sein können.

2. Kernthemen des Positionspapiers

Das Positionspapier beschreibt einleitend die Entwicklung der Corona-Pandemie und die Umsetzung diverser Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland. Anschließend werden dabei besondere Herausforderungen für eine Großstadt wie die Landeshauptstadt München dargestellt.

Dabei werden die „gesundheitliche Versorgung und Beratungsangebote“ sowie die „Kommunikation und Information“ beleuchtet und Schwierigkeiten und Bewältigungsstrategien dargestellt.

Schließlich werden im Positionspapier die Bereiche „Langzeitwirkung der Corona-Pandemie“ sowie „Kinder & Jugendliche in der Corona-Pandemie“ basierend auf den Erkenntnissen thematisiert, die bei der Informationsveranstaltung „Gesundheit im Gespräch“ am 28.04.2021 sowie bei der Gesundheitskonferenz am 06.10.2021 zu diesen beiden Themen herausgearbeitet wurden.

Abschließend formuliert der Gesundheitsbeirat Handlungsempfehlungen zur Bewältigung zukünftiger, ähnlicher Situationen. Die Empfehlungen sind im Einzelnen:

- Die Politik wird ermuntert, Änderungen mit Relevanz für das Gesundheitswesen frühzeitig zu kommunizieren. Nur so können Abläufe in den Einrichtungen bzw. im Vollzug der Gesundheitsämter optimal angepasst oder neu strukturiert werden, Detailfragen geklärt und Informationskanäle zeitgerecht bedient werden.

- Eine klare und medienbruchfreie Datenübermittlung seitens der übergeordneten Bundes- und Landesbehörden wäre v.a. für die Gesundheitsämter entlastend.
- Die Belange der Selbsthilfe als „vierte Säule des Gesundheitssystems“ sollten bei politischen Entscheidungen wie Erleichterungen entsprechend berücksichtigt werden, so dass die Arbeit der Selbsthilfe möglichst aufrechterhalten bzw. wieder aufgenommen werden kann.
- Das Selbsthilfeangebot muss als relevanter Teil der medizinischen Versorgung angesehen und entsprechend eingebunden werden. Zudem muss die Selbsthilfe weiterhin finanziell berücksichtigt werden bzw. darf nicht pandemiebedingten finanziellen Kürzungen unterliegen.
- Ein Ausbau aufsuchender Angebote der Sozialdienste (z.B. Streetwork) ist notwendig, damit beispielsweise Maßnahmen der Jugendhilfe auch in Krisensituationen beibehalten werden können. Hier wären auch mehrsprachige Multiplikator*innen von Informationen wünschenswert.
- Die Corona-Pandemie und ihre Folgen haben bei vielen Menschen große gesundheitliche, psychosoziale und finanzielle Verunsicherungen ausgelöst, denen man begegnen muss. Dies könnte beispielsweise durch die Einbeziehung sozialer Medien und Kulturdolmetscher*innen erfolgen.
- Modellkonzepte in der interdisziplinären Zusammenarbeit sollten nicht nur im Kinderschutz, sondern auch in anderen Fallkonstellationen zur Unterstützung einer zeitnahen Findung von Hilfen und Maßnahmen entwickelt werden.
- Es sollten regionale Versorgungsnetzwerke beispielsweise zur Vernetzung zu therapeutischen Anlaufstellen gefunden werden.
- Präventionsprojekte, z.B. zu Gewalt, Mobbing oder psychische Erkrankung, sollten eingerichtet bzw. ausgebaut werden.
- Neue, gut finanzierte Versorgungsstrukturen müssen rasch gefunden und etabliert werden, um sektorübergreifende Diagnosen und Therapien wie im Falle einer Long-Covid-Erkrankung zu ermöglichen. Hier ist ein Zusammenarbeiten aller Akteure notwendig (interdisziplinäre, gesundheitliche Versorgung).
- Die digitale Versorgung muss gestärkt und ausgebaut werden. Ebenso muss die digitale Gesundheitskompetenz der Bevölkerung, insb. der vulnerablen Gruppen mit

gezielten Projekten und Angeboten gefördert werden.

- Gerade im Bereich Long-Covid ist ein Zusammenwachsen der körperbezogenen Medizin mit dem Bereich der Psyche sowie der Schulmedizin mit Naturheilverfahren sinnvoll und soll als Chance für eine Optimierung der interdisziplinären Zusammenarbeit gesehen werden.

Nach Bekanntgabe im Stadtrat soll das Positionspapier veröffentlicht und als Diskussionsgrundlage an die Münchner Fachöffentlichkeit versandt werden.

Der Korreferent des Gesundheitsreferats, Herr Stadtrat Stefan Jagel, der zuständige Verwaltungsbeirat, Herr Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss, sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl
3. Bürgermeisterin

Beatrix Zurek
berufsmäßige Stadträtin

- III. Abdruck von I. mit II.
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Gesundheitsreferat, Beschlusswesen GSR-BDR-SB
- IV. Wv Gesundheitsreferat, Beschlusswesen GSR-BDR-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).